Fraktion im Rat der Stadt Bornheim

FDP-Fraktion Bornheim, Rathausstr. 2, 53332 Bornheim

Fraktionsgeschäftsstelle

Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Tel.: 02222/99 44 50
Fax: 02222/99 44 52

fraktion@fdp-bornheim.de
www.fdp-bornheim.de

Herrn
Wilfried Hanft
Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr,
Planung und Liegenschaften
Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Bornheim, 4. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Hanft,

hiermit stellen wir gemäß § 3 (1) GeschO den folgenden Antrag für die kommende Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften:

Probebetrieb im Bornheimer Zentrum verbessern

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt, den Probebetrieb so zu erweitern, dass in seinem Rahmen die vom Rat am 29. April 2004 unter Vorlage 158 / 2004-7 beschlossenen Leitlinien auf ihre praktische Durchführbarkeit überprüft werden können.

Hierzu wird die Dauer des Probebetriebs auf den Zeitraum von einem Jahr festgelegt. Erst danach soll es abschließende Planungen zum Straßenausbau auf der Königstraße geben, damit notwendige Modifikationen in diese mit einfließen können.

Im Rahmen des Probebetriebs soll nach einem halbjährigen Test der Planvariante D1 des Integrierten Handlungskonzeptes über den Zeitraum von ebenfalls einem halben Jahr auch die im Verkehrsgutachten enthaltene Planvariante E / E1 getestet werden.

In der Abbildung der Planvariante D1 soll, abweichend zu den bisherigen Planungen zum Probebetrieb, alle Komponenten im Verlauf der Testphase überprüft werden. Daher wird der Probebetrieb um die Einrichtung einer unechten Einbahnstraße auf dem Apostelpfad und die Abbindung der Wallraffstraße zwischen Burgstraße und Secundastraße erweitert.

Begründung:

Die oben genannten Erweiterungen sind Ergebnis der Einwohnerversammlung zum geplanten Probebetrieb am 18. Dezember 2012 und stellen eine Übernahme der dort von den in großer Zahl erschienenen Anwohnern erhobenen Forderungen dar.

Die Kommunalpolitik trägt die Verantwortung, den im Vorfeld der Kommunalwahl 2009 als „ergebnisoffen“ dargestellten Probebetrieb objektiv und für alle Beteiligten nachvollziehbar auszugestalten. Zudem muss der Rat die im Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Köln festgesetzten Anforderungen erfüllen. Demnach muss die alternative Verkehrsführung im Integrierten Handlungskonzept den Nachweis erbringen, dass Sie sowohl verkehrstechnisch funktioniert, als auch die im Verkehrsgutachten erwarteten Reduzierungen des Durchgangsverkehrs erbringt, ohne dabei Verkehre auf andere Straßen im Ortsteil Bornheim zu verdrängen.

Der Probebetrieb muss von daher messbare und mit den Planvarianten in Abgleich zu bringende Ergebnisse liefern, soll er nicht die zugesagten Mittel der Bezirksregierung gefährden. Dazu ist nicht der Test weniger Bestandteile dieser Verkehrsführungen ausreichend, sondern es muss ein möglichst realitätsnahes Bild der zukünftigen Lage erzeugt werden. Daher sind die von den Anwohnern geforderten Komponenten zu ergänzen.

Die Dauer des Probebetriebs muss verlängert werden, um nicht die Ergebnisse von Zählungen und Messungen durch Ferientermine etc. verfälschen zu lassen. Zudem ist die Dauer von einem Jahr Bestandteil diverser Wahlprogramme, unter anderem der CDU. Sie stellt damit die Einlösung von Versprechen gegenüber der Bevölkerung dar und ist zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit der im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts Königstraße geplanten Maßnahmen notwendig.

Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im Ort Bornheim richtet sich gegen die Einrichtung einer Einbahnstraße auf der Königstraße. Argument der Kommunalpolitik gegen diese Anwohner war stets, dass eine gegenläufige Verkehrsführung nicht die Aspekte „Verbesserung der Aufenthaltsqualität“ und „Garantie eines technisch sicheren Verkehrsflusses“ in Einklang bringen könnte. Der Beweis hierzu sollte im Probebetrieb angetreten werden, in dem man für die Dauer eines halben Jahres auch die Planvarianten E und E1 des Integrierten Handlungskonzeptes einem Praxistest unterzieht. Ergebnis wäre die objektive Gegenüberstellung beider Varianten und eine Entscheidungsgrundlage für den Rat.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Koch, Jörn Freynick und Fraktion